

Mehr vom Brutto

SPD-Fraktionsvize Kelber fordert ein abgabenfreies Existenzminimum

Von unserem Korrespondenten

Holger Möhle

BERLIN. In der SPD gibt es Überlegungen, zur Entlastung niedriger Einkommen sowie zur Ankurbelung der Binnenkonjunktur parallel zum steuerfreien Existenzminimum auch ein abgabenfreies Existenzminimum einzuführen. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Ulrich Kelber, und der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Christian Lange, haben sich jetzt dafür ausgesprochen, zur Entlastung von Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen ein abgabenfreies Existenzminimum einzuführen, „bei dem der Staat mit Steuermitteln für die Ansprüche gegenüber dem Sozialsystem aufkommt“.

Dagegen seien weitere Senkungen „des historisch niedrigsten Spitzensteuersatzes ... weder notwendig noch konjunkturell zielführend“. Kelber und Lange wenden sich in einem gemeinsamen Artikel für die Zeitschrift „Berliner Republik“ dagegen, zur Entlastung von Arbeitnehmern „nur an einzelnen Stellschrauben“ zu drehen.

Stattdessen haben die beiden SPD-Bundestagsabgeordneten die Sozialabgaben in Deutschland als

„weit größeres Problem als die Steuern“ für die arbeitenden Menschen identifiziert. Der gegenwärtige Anteil der Sozialabgaben von rund 39 Prozent sei immer noch zu hoch und wirke sich negativ auf den Arbeitsmarkt aus. So seien bis zu einem Jahresbruttolohn von 40 000 Euro bei Ledigen die Sozialabgaben höher als die Steuerbelastung. Kelber und Lange plädieren dafür, „die hohe Abgabenbelastung in Deutschland in einem Steuer- und Abgabekonzept zu berücksichtigen und dafür Sorge zu tragen, dass die Entlastungen dort, wo sie am dringendsten benötigt werden, ankommen“.

Sie weisen in ihrem Plädoyer darauf hin, „dass ein zu hoher Teil der Sozialleistungen sowie der gesamtstaatlichen Aufgaben, die nicht direkt mit der jeweiligen Sozialversicherungsleistung zu tun haben, durch Beiträge zur Sozialversicherung mitfinanziert werden“. Dies wirke sich beschäftigungsfeindlich aus, „denn der Faktor Arbeit wird damit zusätzlich belastet“. Auch Arbeitgeberverbände fordern seit langem, die hohen Lohnnebenkosten auf dem deutschen Arbeitsmarkt für mehr Beschäftigung zu senken. Allerdings wollen Kelber und Lange ein abgabenfreies Existenzminimum „zunächst nur für den Arbeitneh-

meranteil der Sozialabgaben ..., um dort schnell für Kaufkraft zu sorgen“. Weiter glauben die beiden SPD-Parlamentarier: „Wenn außerdem die Beitragsbemessungsgrenze um den Betrag angehoben würde, der unten als abgabenfreier Betrag hinzukommt, würde niemand stärker belastet, der durch Steuern auszugleichen- de Einnahmefall aber deutlich geringer.“

Kelber und Lange versprechen sich davon ein Plus sowohl bei der Arbeitsnachfrage als auch beim Arbeitsangebot. Das abgabenfreie Existenzminimum soll nach Vorstellung der beiden Abgeordneten als Abgaben-Freibetrag eingeführt werden. Eine lineare Absenkung der Sozialabgaben gekoppelt mit einem entsprechenden abgabenfreien Existenzminimum in Form eines Abgaben-Freibetrages brächte dabei „echte spürbare Entlastung“.

Mit dem abgabenfreien Existenzminimum sollen nach den Vorstellungen von Kelber und Lange vor allem Leistungsträger wie Krankenschwestern, Feuerwehrleute oder Facharbeiter entlastet werden. „Die Menschen müssen für ihre gute Arbeit wieder mehr Netto in der Tasche haben“, heißt es weiter.